

WILLKOMMENSKULTUR

Eine kritische Diskursanalyse über die Einstellungen zur
Flüchtlingsproblematik 2015 in ausgewählten Presstexten

Bachelorarbeit

Elina Heiskanen

Universität Jyväskylä

Institut für moderne und klassische Sprachen

Deutsche Sprache und Kultur

27.4.2016

JYVÄSKYLÄN YLIOPISTO

Tiedekunta – Faculty Humanistinen tiedekunta	Laitos – Department Kielten laitos
Tekijä – Author Elina Heiskanen	
Työn nimi – Title Willkommenskultur: Eine kritische Diskursanalyse über die Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik 2015 in ausgewählten Presstexten	
Oppiaine – Subject Saksan kieli ja kulttuuri	Työn laji – Level Kandidaatintutkielma
Aika – Month and year Huhtikuu 2016	Sivumäärä – Number of pages 38
Tiivistelmä – Abstract <p>Tässä kandidaatintutkielmassa tarkastellaan vuoden 2015 pakolaiskeskusteluun liittyviä asenteita kahdessa lehtiartikkelissa kriittisen diskurssianalyysin avulla. Suurin osa Eurooppaan päätyneistä pakolaisista, eli noin 1,1 miljoonaa ihmistä, saapui vuoden 2015 aikana Saksaan hakemaan turvapaikkaa maasta. Saksan avoimelle pakolaispolitiikalle ja saksalaisten lisääntyneelle auttamisenhalulle annettiin mediakeskustelussa nimi <i>Willkommenskultur</i>, eli tervetulokulttuuri. Samanaikaisesti erilaiset maahanmuuttovastaiset ryhmät keräsivät suosiota sekä kaduilla että parlamentissa. Polarisoitunut keskustelu on kasvattanut mediakriittisyyden tarvetta, mikä innoittikin minua tekemään kandidaatintutkielmani aiheesta.</p> <p>Tutkielmassa analysoitu materiaali koostuu kahdesta kolumnista, jotka ovat peräisin kahdesta linjauksiltaan erityyppisestä sanomalehdestä. Kummassakin artikkelissa esitetään mielipiteitä pakolaiskriisiin ja Saksan pakolaispolitiikkaan liittyen. Materiaalista etsittiin tiettyihin näkökulmiin viittaavaa kielenkäyttöä ja argumentteja, jotka eriteltiin ja nimettiin <i>diskursseiksi</i> sekä pohdittiin näiden diskurssien välittämiä mielikuvia, <i>representaatioita</i>.</p> <p>Analyysissä selvisi, että tutkittujen artikkeleiden päämäärät ja argumentaatiokeinot olivat täysin vastakkaiset, mutta myös sanomalehtien tyypillisistä linjauksista poikkeavat. Liberaali <i>Süddeutsche Zeitung</i> toi esille maahanmuuton hyviä puolia ja perusteli tätä lähinnä taloudellisen hyödyn kannalta. Konservatiivinen ja talouspainotteinen <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> perusteli puolestaan pakolaispolitiikan toimimattomuutta huolettavien ääritilanteiden, kuten terrorismin, kautta ja toivoi ymmärrystä keskustelun kriittisemmille äänille.</p>	
Asiasanat – Keywords diskurssianalyysi, pakolaispolitiikka, lehdistö	
Säilytyspaikka – Depository JYX, Jyväskylän yliopiston kirjasto	
Muita tietoja – Additional information	

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	7
2 Flüchtlingspolitik in Deutschland	8
2.1 Zur Geschichte der deutschen Einwanderungspolitik.....	8
2.2 Flüchtlingsdebatte 2015	11
3 Presse in Deutschland	14
3.1 Die heutige Struktur der deutschen Zeitungslandschaft	14
3.2 Überregionale Qualitätszeitungen.....	15
3.2.1 Die Süddeutsche Zeitung (SZ)	16
3.2.2 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)	16
4 Diskursanalyse	17
4.1 Diskurs und Repräsentation	17
4.2 Kritische Diskursanalyse.....	18
5 Material und Vorgehensweise.....	19
5.1 Material	19
5.2 Vorgehensweise	20
6 Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik in ausgewählten Artikeln	21
6.1 Diskurse im SZ-Artikel <i>Vielfalt zahlt sich aus</i>	21
6.1.1 Willkommensdiskurs.....	21
6.1.2 Nutzendiskurs.....	23
6.1.3 Vernunftsdiskurs	24
6.1.4 Aktivierungsdiskurs	25
6.2. Diskurse im FAZ-Artikel <i>Zuversicht ist gut, Realismus ist Besser</i>	25
6.2.1 Rehabilitationsdiskurs	26
6.2.2 Bedrohungsdiskurs	27
6.2.3 Versorgungsdiskurs.....	28
7 Schlussbetrachtung.....	29

Literaturverzeichnis	31
Anhang 1: <i>Vielfalt zahlt sich aus</i>	34
Anhang 2: <i>Zuversicht ist gut, Realismus ist besser</i>	37

1 Einleitung

Wegen der Konflikte und der unerträglichen Umstände vor allem in Syrien, im Irak und in Afghanistan sind Millionen von Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Viele Menschen aus den westbalkanischen und afrikanischen Ländern wiederum fliehen vor den düsteren wirtschaftlichen Verhältnissen und fehlenden Zukunftsaussichten in ihrem Heimatland. Jeden Tag kommen Tausende von Flüchtlingen in Europa an und bitten um Asyl, die meisten in Deutschland. (Spiegel Online, 18.1.2016.)

Es wurde im Verlauf der Flüchtlingsdebatte 2015 von der deutschen *Willkommenskultur* gesprochen, womit die von Angela Merkel geprägte offene Flüchtlingspolitik und die Hilfsbereitschaft von vielen Deutschen gegenüber Flüchtlingen gemeint ist. Jedoch gibt es auch fast täglich Angriffe auf Asylbewerberheime (Spiegel Online, 4.11.2015). Die gesellschaftliche Diskussion in Bezug auf Flüchtlingsproblematik scheint sich sehr stark zu polarisieren.

In dieser Bachelorarbeit geht es darum, mit Hilfe der kritischen Diskursanalyse zwei ausgewählte Zeitungsartikel zu untersuchen, um festzustellen, welche Einstellungen in Bezug auf die Flüchtlingskrise in Deutschland vorhanden sind und wie die deutsche Willkommenskultur repräsentiert wird. Ich finde das Untersuchen dieses Themas wichtig, weil durch Sprache Realität konstruiert und Ideologien bzw. Einstellungen vermittelt werden. In den Medien wird nicht nur objektiv über das Thema berichtet, sondern immer werden auch Meinungen vermittelt, und dadurch die Leser beeinflusst. Zum Beispiel kann man in der Flüchtlingsdebatte je nach Einstellung von der *Flüchtlingssituation*, der *Flüchtlingskrise* oder der *Flüchtlingsflut* sprechen. Bei einer starken Polarisation der Meinungen kommt die meinungsbildende Rolle der Medien besonders stark zum Ausdruck.

In dem Theorieteil dieser Arbeit wird zuerst der geschichtliche Hintergrund der deutschen Flüchtlingspolitik und die aktuelle Diskussion im Jahr 2015, die wichtigsten Begriffe der Diskursanalyse und die zwei ausgewählten deutschen Zeitungen, *die Süddeutsche Zeitung* (SZ) und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), vorgestellt. Das Material und die Vorgehensweise, die benutzt werden, werden in Kapitel 5

behandelt. In dem Analyseteil in Kapitel 6 werden die Primärtexte mit Hilfe der gefundenen Textstrukturen interpretiert und in Diskurse gegliedert und in Kapitel 7 werden die Ergebnisse der Untersuchung in der Form einer Schlussbetrachtung besprochen. Die untersuchten Primärtexte sind im Anhang zu finden.

2 Flüchtlingspolitik in Deutschland

Um die deutsche Flüchtlingspolitik und die aktuelle Diskussion über Flüchtlinge zu verstehen, muss man einige historische Hintergründe, vor allem die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die deutsche Mentalität, kennen. Man spricht von *Vergangenheitsbewältigung* und meint damit die Verarbeitung der Schuldgefühle wegen der Schreckenstaten in der Nazi-Zeit. So ein dunkler Abschnitt in der deutschen Geschichte hat in der deutschen Gesellschaft Spuren hinterlassen und bis heute die Politik mitbestimmt.

2.1 Zur Geschichte der deutschen Einwanderungspolitik

Die Einwanderungspolitik in Deutschland war seit dem Kriegsende im Vergleich zu vielen anderen Ländern in Europa liberal und hat vor den 1970er Jahren kaum Debatten ausgelöst, obwohl das Land schon in den ersten Nachkriegsjahren Millionen von Menschen, allerdings zum größten Teil Deutsche, hat integrieren müssen. Um die heutige Situation der Asylsuchenden in Deutschland zu verstehen, sollte man zunächst die Migrationsgruppen der *Aussiedler* und der *Gastarbeiter* besprechen. (Steiner 2000, 59-61.)

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nach dem Prinzip *jus sanguinis* (=Recht des Blutes) bestimmt, also ist man deutscher Staatsbürger, wenn die Vorfahren deutsch sind. Viele Deutsche waren schon seit dem Mittelalter nach Russland und nach Ost-Europa eingewandert. Die *Aussiedler* sind Nachkommen dieser Deutschen, von denen die meisten vor dem Zweiten Weltkrieg in Russland, Polen und Rumänien wohnten. Aus Angst davor, dass die deutschen Bevölkerungsteile von nationalsozialistischen

Gedanken infiltriert werden, hat Stalin 1941 begonnen, die Russlanddeutschen nach Sibirien und Zentralasien zu deportieren. (Steiner 2000, 59.)

Nach dem Zweiten Weltkrieg, zwischen 1945 und 1950, sind ungefähr zehn Millionen Menschen zuerst durch die russischen Truppen und später nach einem Beschluss der Alliierten systematisch aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten vertrieben worden. Die Anzahl der Aussiedler und Vertriebenen¹ war so hoch, dass fast jeder sechste Einwohner in der Bundesrepublik zu diesen Gruppen gehörte. (Marschalck 1984, 86-87.) Gemäß dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von 1953 werden außer dieser Gruppe auch solche deutsche Volkszugehörige als Aussiedler bezeichnet, die vor 1993 aus einem kommunistischen Land in die BRD oder in die DDR ausgewandert sind. Tausende von Aussiedlern sind erst später im Laufe der 20. Jahrhundert nach Deutschland zurückgekehrt (Steiner 2000, 60-62). Diejenige Deutschstämmigen, die nach 1993 nach Deutschland gekommen sind, nennt man wiederum *Spätaussiedler* (BVFG von 1953). Vor dem Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 sind auch über drei Millionen Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet (Marschalck 1984, 86-87). Diese nach West-Deutschland geflüchteten oder umgesiedelten Deutschen nennt man *Übersiedler* (Steiner 2000, 60).

Aufgrund der automatischen deutschen Staatsangehörigkeit für Aussiedler und des Wirtschaftsaufschwungs ab den 1950er Jahren ist die Integration dieser sog. ethnischen Deutschen bis zu den 1960er Jahren gut gelungen (Steiner 2000, 61). In den 1950er Jahren wurden auch viele wichtige politische Maßnahmen zugunsten der Vertriebenen und der Flüchtlinge getroffen. Das Bundesvertriebenengesetz und das Lastenausgleichsgesetz² haben es ermöglicht, dass die unter Kriegszerstörungen und Vertreibung leidenden Bürger besondere Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung vom Staat bekamen. (Schulze 1996, 245, 247.) Durch verschiedene Umsiedlungsprogramme wurden Vertriebene und Flüchtlinge aus Gebieten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den reicheren Bundesländern angesiedelt (Marschalck 1984, 88).

¹ Steiner (2000), dessen Terminologie ich zum größten Teil verwende, verwendet nur den Terminus *Aussiedler*, aber meint mit dem Begriff sowohl die *Vertriebenen* aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1945, als auch die Bevölkerungsteile mit deutscher Herkunft u.a. in Russland, die später nach Deutschland eingewandert sind.

² Gemäß dem Lastenausgleichsgesetz musste von allen 5000 DM übersteigenden Vermögen eine Abgabe von 50% gezahlt werden. Der Ertrag wurde an Kriegsgeschädigte und Vertriebene ausgezahlt. (Schulze 1996, 247.)

Die Schließung der Grenzen durch die DDR und das sog. *Wirtschaftswunder* haben in der BRD einen Mangel an Arbeitskräften mit sich gebracht, da kaum mehr Arbeitskräfte aus dem Osten in die Bundesrepublik kamen. So haben deutsche Unternehmen in den 1960er Jahren angefangen, ausländische Arbeitnehmer anzuwerben. (Marschalck 1984, 107). Das hat man in der Annahme getan, dass die Gastarbeiter, die zum größten Teil aus der Türkei, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und Nord-Afrika stammten, in ihre Heimat zurückkehren würden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Ende 1973, als Deutschland wegen der Rezession das Gastarbeiterprogramm beenden musste, umfasste die Zahl der ausländischen Bevölkerung in der BRD fast vier Millionen Menschen, während die Zahl am Anfang der 1950er etwa eine halbe Million betrug. Die Anzahl der Ausländer in der Bundesrepublik hat nach dem Anwerbestopp aber nicht stagniert, sondern ist wegen guter Möglichkeiten zur Familienzusammenführung und der hohen Geburtenrate unter den Gastarbeitern weiter angestiegen. (Marschalck 1984, 107; Steiner 2000, 60-61.)

Ab den 1970er Jahren kam die Flüchtlingsproblematik vermehrt zur Diskussion. Laut Steiner (2000) war Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wegen seines konstitutionell garantierten Rechtes auf Asyl, das auch mit der Genfer Flüchtlingskonvention³ zusammenhängt, ein besonders verlockendes Land für Asylsuchende. Dass politisch Verfolgte Asylrecht genießen, habe Deutschland in sein Grundgesetz geschrieben, um sich für seine Vergangenheit zu entschuldigen. Die Anzahl von ca. 5600 jährlichen Asylsuchenden im Jahr 1973 hatte sich fünf Jahre später versechsfacht und die ersten Gesetzesänderungen zur Beschleunigung des Asylverfahrens wurden 1978 abgeschlossen. Damit wurde der Entscheidungsprozess beschleunigt und die Klagemöglichkeiten derjenigen Asylbewerber, die einen negativen Bescheid bekommen haben, wurden geringer. (Steiner 2000, 60-61).

Die Gesetzesänderungen hatten jedoch fast keine Wirkung auf die Flüchtlingszahlen. Als in den 1980er Jahren immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland kamen, wurden wieder neue Veränderungen des Asylverfahrens beschlossen, um die wachsenden Spannungen in der deutschen Bevölkerung abzubauen. Dieses Mal wurde die Erteilung der Arbeitserlaubnis für Asylbewerber verzögert, womit man besonders die Anzahl der aus ökonomischen Gründen angekommenen Asylbewerber reduzieren wollte. Der Fall

³ „Ein Asylantragsteller erhält Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention, wenn sein Leben oder seine Freiheit in seinem Herkunftsland wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist“ (BAMF 2).

der Berliner Mauer 1989 hat aber plötzlich Hunderttausende von Menschen, sowohl Übersiedler aus der zerfallenden DDR als auch Aussiedler aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien, in Bewegung gesetzt. Gleichzeitig musste Deutschland sich mit den steigenden Zahlen von Flüchtlingen aus dem Balkan auseinandersetzen, was für Unruhe im Land gesorgt hat. (Steiner 2000, 61-62.)

Schon in den 1980er Jahren hatten viele Städte sich geweigert, neue Asylbewerber aufzunehmen, während am Anfang der 1990er Jahre die Rechtsradikalen gewaltsame Anschläge auf Asylbewerberheime und gegen Ausländer im Allgemeinen zu verüben begannen (Steiner 2000, 61, 64). Nach einer Umfrage von *Der Spiegel*, zitiert nach Steiner (2000, 65), hatten im Oktober 1992 35% der Antwortenden „Verständnis für rechts-radikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems“. Nach einem Anschlag im November 1993 in Mölln, als drei Türken getötet wurden, ist die Zahl nach einer neuen Umfrage auf 12% gesunken. „The murders in Mölln have transformed the public opinion like few other events since 1945“, hat *Der Spiegel* nach den Attacken geschrieben. (Ebd.)

Zwischen 1992 und 1993 kamen mehr Asylbewerber nach Deutschland als insgesamt in alle anderen EU-Länder, was schließlich eine Debatte über das einzigartige konstitutionelle Asylrecht eröffnet hat und trotz Protesten im Mai 1993 zur Veränderung des Grundgesetzes geführt hat. Die Opposition (SPD) hatte gegen die Gesetzesänderung protestiert, aber hat nach einem Abkommen, das eine schnellere Integration der Flüchtlinge erleichterte, ihre Haltung geändert. Das frühere Asylrecht hatte es jedem Ausländer ermöglicht, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen und vorübergehend im Land zu bleiben, auch wenn keine Aussichten für einen positiven Bescheid existierten. Der Erfolg dieser Gesetzesänderung war sofort in den Flüchtlingszahlen zu sehen. (Steiner 2000, 63, 65-66.)

2.2 Flüchtlingsdebatte 2015

Obwohl Deutschland schon Erfahrung mit den plötzlich steigenden Flüchtlingszahlen nach dem zweiten Weltkrieg, nach dem Mauerfall und während der Jugoslawienkriege gehabt hat, bekam die Flüchtlingsproblematik im Jahr 2015 eine neue Dimension. Zehn Jahre lang, von 2002 bis 2012, lagen die jährlichen Asylantragszahlen in Deutschland unter 100 000 (BAMF 2016). Seit einigen Jahren herrscht in Syrien Bürgerkrieg und

gleichzeitig verbreiten verschiedene Terrororganisationen wie der sog. *Islamische Staat* und die *Taliban* mit ihren Gewalttaten Schrecken in Syrien, im Irak und in Afghanistan und neuerdings auch weltweit. Zusätzlich sind die Konditionen in den Flüchtlingslagern u.a. in der Türkei und im Libanon schlechter geworden, und viele Flüchtlinge wollen weiter nach Europa reisen. (Spiegel Online, 18.1.2016.)

Obwohl die meisten von den schätzungsweise 60 Millionen Flüchtlingen weltweit außerhalb von Europa wohnen, haben besonders im Sommer 2015 immer mehr Flüchtlinge mit Hilfe von Schleppern die gefährliche Reise nach Europa gewählt. In Deutschland wurden 2015 etwa 1,1 Millionen Asylsuchende registriert, von denen 476 649 einen formellen Asylantrag stellten, d.h. mehr als je zuvor. (Spiegel Online, 18.1.2016.)

In der Flüchtlingsdebatte 2015 hatte Deutschland sowohl politisch als auch ideologisch eine wichtige, aber auch eine umstrittene Rolle gespielt. *Spiegel Online* (18.1.2016) erläutert, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland gelangen, weil die Aufnahmebedingungen besser als in einigen anderen Ländern waren. Außerdem haben die Gerüchte über die Offenheit und die Hilfsbereitschaft der Deutschen in den sozialen Netzwerken viel Aufmerksamkeit unter Syrern erregt. Nach der europäischen *Dublin-Verordnung* müssen Flüchtlinge eigentlich in dem EU-Land ihren Asylantrag stellen, in dem sie als erstes angekommen sind. Länder wie Italien und Griechenland, wo die Flüchtlinge, die über das Mittelmeer flüchten, landen, waren jedoch so überfordert, dass sie die Flüchtlinge in großer Zahl unregistriert weiterreisen ließen. (Spiegel Online, 18.1.2016.)

Ein gutes Beispiel für die Willkommenskultur in der Praxis ist ebenfalls ein von *Spiegel Online* angeführtes Ereignis, nämlich als Deutschland Anfang September 2015 Flüchtlinge mit Sonderzügen aus Ungarn evakuiert hat, weil die ungarischen Behörden die Flüchtlinge dort festgehalten hatten (Spiegel Online, 18.1.2016). Ende August 2015 hat *Spiegel Online* auch mitgeteilt, dass Deutschland das Dublin-Verfahren für syrische Flüchtlinge ausgesetzt hatte. Das heißt, dass die deutschen Behörden die Syrer nicht mehr in das Land, wo sie als erstes registriert wurden, zurückschickten, sondern die Flüchtlinge durften in Deutschland bleiben und um Asyl bitten. (Spiegel Online, 25.8.2015.)

Die Leitfigur dieser offenen Politik ist die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die amerikanische Zeitung *Washington Times* (24.12.2015) schreibt, dass Merkel im Herbst 2015 damit beschäftigt gewesen sei, ihre Landsleute von der moralischen Pflicht, Flüchtlinge zu akzeptieren, zu überzeugen. Die Kanzlerin scheine auch außerhalb der deutschen Grenzen beliebter zu sein, nämlich wurde sie 2015 von *Time magazine* als *Person of the Year* gewählt und in der *Forbes*-Liste der mächtigsten Menschen in der Welt lag sie auf Platz zwei, nach dem russischen Staatschef Wladimir Putin und vor dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama. Bekannt ist sie auch für ihre motivierenden Reden. Im Dezember 2015 hatte Merkel laut *Washington Times* bei ihrer Rede in einer CDU-Konferenz versprochen, dass Deutschland seinen Teil zur Lösung der Flüchtlingskrise beitragen werde, weil es zur Identität des Landes gehöre, große Sachen zu leisten. Diese Offenheit habe Merkel jedoch durch eine Forderung nach Verschärfungen des Asylverfahrens und einem besseren Integrationssystem relativiert. (Washington Times, 24.12.2015.)

Laut *Washington Times* ist die Popularität der CDU/CSU, also der regierenden großen konservativen Koalitionsparteien von Angela Merkel, im Jahr 2015 gesunken. Als ein Grund dafür wird die wachsende Popularität der Alternative für Deutschland (AfD) seit der Flüchtlingskrise genannt. Gemäß einer Umfrage von *INSA/You Goy* war diese rechtspopulistische, fremdenfeindliche und euroskeptische Partei nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 die drittgrößte Partei Deutschlands. (Washington Times, 24.12.2015.) In einem Interview in *Die Zeit* (29.10.2015) gibt der brandenburgerische AfD-Chef Alexander Gauland zu, dass die plötzliche Popularität seiner Partei eine Folge der steigenden Flüchtlingszahlen sei. „Die Leute haben Angst um Deutschland. Das treibt sie zu uns“, so Gauland (*Die Zeit*, 29.10.2015).

Nicht nur Deutsche hätten Angst vor der neuen Situation, sondern die Asylbewerber würden vielerorts in Deutschland beschimpft und benachteiligt, manche begegneten sogar Gewalt. Laut *Der Spiegel* (31/2015) erinnern viele Szenen an die extreme Fremdfeindlichkeit in den 90er Jahren, als letztes Mal unerwartet viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Die Gewalttaten auf Flüchtlinge haben sich nicht nur in Ost-Deutschland vermehrt. In dem ersten Halbjahr 2015 wurde fast täglich eine Flüchtlingsunterkunft attackiert. Neben rassistischen Internet-Gruppen war auch die *Pegida*⁴ eine neue Erscheinung, die viel Aufmerksamkeit während der

⁴ Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

Flüchtlingsdebatte erregt hat. Im Winter 2014-2015 haben Tausende Vertreter dieser fremdenfeindlichen Gruppe jeden Montag vor allem in Dresden gegen Muslime und Flüchtlinge demonstriert. (Der Spiegel, 31/2015.)

3 Presse in Deutschland

Mit 351 verschiedenen Titeln ist Deutschland der größte Zeitungsmarkt Europas. Die kulturelle Tradition und die meinungsbildende Rolle der Zeitungen werden in Deutschland geschätzt. Auch die Reichweite der Presse ist bemerkenswert, nämlich sieben von zehn über 14-jährigen Deutschen lesen regelmäßig eine Zeitung. Was die Pressefreiheit und die Reichweiten der Zeitungen betrifft, liegt Deutschland im internationalen Vergleich an der Spitze, aber nur im europäischen Mittelfeld hinter Ländern wie Finnland, den Niederlanden und Norwegen. (Goethe Institut 2016, Seite 1, Seite 2.)

3.1 Die heutige Struktur der deutschen Zeitungslandschaft

Ein Kennzeichen der deutschen Zeitungen ist, dass die Verlage sich im privaten Besitz einer oder mehrerer Familien befinden. Es gibt nur eine Ausnahme, die Wochenzeitung *Das Parlament*, die von dem Parlament finanziert wird. Der Privatbesitz führt zum Gewinnstreben, aber es ist in den Landespressengesetzen vorgeschrieben, dass die Presse auch die öffentliche Aufgabe hat, in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten zu beschaffen und zu verbreiten, Stellung zu nehmen, Kritik zu üben und an der Meinungsbildung mitzuwirken. Charakteristisch für die Privatpresse ist eben dieser *Doppelcharakter*. So muss die private Presse sich zum größten Teil durch Anzeigeneinnahmen finanzieren und handelt so auf zwei verschiedenen Märkten. Erstens verkauft der Verlag sein Produkt an die Leser und zweitens auf dem Anzeigemarkt als Werbeträger. (Meyn & Tonnemacher 2012, 60-61; Landespressegesetz von 1964.)

Zwischen den zwei Märkten der Leser und der Werber entsteht eine Wechselbeziehung, denn höhere Leserzahlen bedeuten höhere Anzeigenaufkommen. Wenn der Verlag hohe Anzeigenaufkommen hat, kann er die Qualität des Journalismus bewahren und die

Bezugspreise niedrig halten. So bleibt die Zeitung auch attraktiv für die Leser. Seit 1991, als die Auflagen der deutschen Zeitungen ihren Höchststand erreichten, leiden die deutschen Tageszeitungen unter Auflagenverlusten. Viele Zeitungsverlage sind gezwungen, die Redaktionskosten zu senken, was zu schlechterer journalistischer Qualität führen kann. (Meyn & Tonnemacher 2012, 61, 63, 64.)

Obwohl Deutschland für die Vielseitigkeit seiner Zeitungslandschaft bekannt ist, gibt es nur wenige Zeitungen mit einer *Vollredaktion*, also Zeitungen, bei denen alle Ressorts, wie z.B. Wirtschaft, Kultur und Politik, von nur einer Redaktion betreut werden. Stattdessen ist Deutschland reich an Lokal- und Regionalredaktionen, die nur ihren lokalen Teil selbst gestalten und die anderen Ressorts von ihrer Hauptausgabe übernehmen. Die überwiegende Mehrheit der Blätter in Deutschland gehört zu diesem Zeitungstyp, wobei man auch die starke Position der Bundesländer bemerken kann. Meyn & Tonnemacher (2012) stellen fest, dass die lokalen und regionalen Blätter im Gegensatz zu den überregionalen Zeitungen meistens keine Konkurrenz haben und deswegen häufig einseitige Informationen verbreiten können. (Meyn & Tonnemacher 2012, 62, 64, 65, 69.)

Mit einer Auflage von etwa 2,7 Millionen Exemplaren täglich hat die *Bild*-Zeitung eine Sonderstellung in der deutschen Zeitungslandschaft. Die größte Tageszeitung Deutschlands gehört nämlich zur Boulevardpresse. Typisch für diesen Zeitungstyp sind populäre Themen, provozierende und extreme Überschriften, großformatige Fotos und Skandalgeschichten. Ein Drittel der etwa 10 Millionen Leser von *Bild* lesen keine andere Zeitung. Die Leser loben die kurzen Artikel, die gute Lesbarkeit, die Unterhaltung und die Aktualität der Zeitung. Viele Kritiker der Zeitung sagen hingegen, dass es *Bild* an Objektivität fehle und dass sie die Nachrichten bis zur Verfälschung vereinfache und unwichtige Themen behandle. (Meyn & Tonnemacher 2012, 73, 75; Goethe Institut 2016, Seite 1.)

3.2 Überregionale Qualitätszeitungen

In Deutschland gibt es nur wenige überregionale Qualitätszeitungen, die also deutschlandweit erhältlich und bekannt sind. Gemäß Meyn & Tonnemacher (2012) geht es nur um fünf Tageszeitungen, die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Welt*, die *Frankfurter Rundschau* und *Die Tageszeitung*, obwohl manche

auch die Wirtschaftszeitungen *Handelsblatt* und die *Financial Times Deutschland* dazu zählen würden. Die zwei letztgenannten Zeitungen haben nämlich auch Vollredaktionen, aber der Schwerpunkt liegt im Ressort Wirtschaft. Die überregionalen Qualitätszeitungen beschäftigen sich mit nationalen und internationalen Themen und schreiben auf hohem journalistischen Niveau. (Meyn & Tonnemacher 2012, 71-73; Goethe Institut 2016, Seite 1.)

3.2.1 Die Süddeutsche Zeitung (SZ)

Die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) erscheint seit 1945 in München und gehört zur Südwestdeutschen Medienholding. Mit rund 437 000 täglich verkauften Exemplaren ist SZ die zweitgrößte Tageszeitung Deutschlands. Die allgemeine Linie der Zeitung ist liberal und laut Meyn & Tonnemacher (2012) „verteidigt und erstrebt sie freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen nach liberalen und sozialen Grundsätzen“. Die Zeitung selbst bezeichnet sich als ein wichtiges und meinungsbildendes Medium und will deswegen nach liberalen, toleranten und unabhängigen Prinzipien handeln. (Süddeutscher Verlag; Meyn & Tonnemacher 2012, 71.)

Die SZ steht für hochwertigen Journalismus. Besonders wird die Qualität ihrer Kommentare und Reportagen gelobt. Sonst ist die Zeitung durch ihren überregionalen Nachrichten- und Meinungsteil, durch ihren umfangreichen Kulturteil und durch die kompetente Auslands-Berichterstattung gekennzeichnet. Die SZ bietet aktuelle Hintergrundartikel und übt auch regionale Kritik. (Meyn & Tonnemacher 2012, 71; Goethe Institut 2016, Seite 1.)

3.2.2 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Auflage rund 362 000) wurde 1949 gegründet. Ihre Linie ist liberal-konservativ und die meisten Leser sind Geschäftsleute und Gebildete, die sich für Wirtschaft interessieren. Die Konservativität der FAZ wurde früher sogar als veraltet bewertet, am Anfang der 2010er Jahren wurde der Inhalt aber deutlich modernisiert. (Meyn & Tonnemacher 2012, 71; Goethe Institut 2016, Seite 1.)

Besonders hochwertig ist die Auslands-Berichterstattung der FAZ, vor allem im Wirtschaftsteil. Die FAZ hat nämlich ein weltweites Korrespondentennetz, was dem Verlag die Unabhängigkeit von den Nachrichtenagenturen ermöglicht. Bemerkenswert ist auch, dass die Zeitung keinen Chefredakteur hat, sondern dass die Redaktion nach dem *Kollegialprinzip* funktioniert, d.h. die Linie der Zeitung wird von einer Gruppe, die aus Experten besteht, bestimmt. (Meyn & Tonnemacher 2012, 71; Goethe Institut 2016, Seite 1.)

Die Mehrheitsgesellschafterin des Verlags, die FAZIT-Stiftung, verwendet ihre Einnahme für gemeinnützige Zwecke, u.a. zur Förderung von Wissenschaft und Ausbildung. Eine gemeinnützige Stiftung als Mehrheitsgesellschafterin sichert die Unabhängigkeit der Zeitung. (Meyn & Tonnemacher 2012, 71; FAZIT-Stiftung.)

4 Diskursanalyse

Die Diskursforschung ist ein interdisziplinärer Wissenschaftsbereich, der die Beziehungen zwischen dem Sprachgebrauch und der sozialen Handlung untersucht. Interessant für einen Diskursforscher ist, was man mit der Sprache machen kann und welche Wirkungen der Sprachgebrauch auf die Welt hat. Dabei müssen sowohl die sprachlichen Formen als auch der gesellschaftliche Kontext untersucht werden. (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 7)

4.1 Diskurs und Repräsentation

Pietikäinen und Mäntynen (2009) unterscheiden zwei Bedeutungen des Diskursbegriffs. Die erste und allgemeine Bedeutung des Begriffs ist der theoretische Standpunkt, dass die Sprache eine soziale Handlung ist. Mit einem Diskurs (engl. *discourse*) ist eine etablierte Sprechweise in einer bestimmten Situation oder in einem Fachbereich gemeint. Der einflussreiche Diskursforscher Michel Foucault (1926-1984) hat über Diskurse (engl. *a discourse, discourses*) gesprochen und damit solche Sprechweisen gemeint, die einen Sachverhalt aus einem bestimmten Blickwinkel darstellen und so die Einstellungen zu dem Sachverhalt beeinflussen wollen. (Pietikäinen & Mäntynen 2009,

24-26.) In meiner Analyse verstehe ich Diskurse als sprachliche und soziale Mittel, ein Phänomen auf eine bestimmte Weise zu repräsentieren.

Aus der konstruktivistischen Perspektive wird die Welt mit der Sprache konstruiert, d.h. die Sprachverwendung hat konkrete Folgen. So wie man die Sprache verwendet, hat sie einen Effekt auf das jeweilige behandelte Phänomen und so auch auf die Beziehungen zwischen den Sprechern. Somit haben die Diskurse eine meinungs- und wissensbildende Funktion. Dadurch, dass die Bedeutungen mithilfe der Diskurse auf eine bestimmte Art und Weise und nach verschiedenen Ideologien klassifiziert werden, entstehen *Repräsentationen* von dem behandelten Thema. (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 49, 53, 55.)

Repräsentationen werden durch das Benutzen von Wörtern, die das Phänomen aus einem bestimmten Blickwinkel darstellen, durch das Mitteilen von einigen Informationen und durch das Weglassen von anderen gebildet. Mit der Diskursanalyse wird untersucht, wie verschiedene Realitäten geschildert und hervorgehoben werden, nach welchen Voraussetzungen man diese Repräsentationen ausdrücken kann und welche Folgen diese Handlungen haben. Da die Realität mithilfe der Sprache konstruiert wird, lässt sich folgern, dass über die Sprache Macht ausgeübt wird. (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 13, 17, 57.)

Die Macht der Sprache kommt auch in den diskursiven Hierarchien zum Ausdruck. Es hängt immer von dem Kontext ab, welche Diskurse akzeptabler oder glaubhafter sind als die anderen. Der Kontext kann also bestimmen, welche Diskurse der Sprecher wählt, aber es hängt auch von den sprachlichen und gesellschaftlichen Kenntnissen des Sprechers ab, welche Diskurse er benutzen kann. (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 58, 72.) Der Diskursforscher muss in seiner Analyse selbst bestimmen, welche Diskurse am meisten Macht haben und welche Diskurse weniger wichtig oder marginalisiert worden sind.

4.2 Kritische Diskursanalyse

Mit der kritischen Diskursanalyse wird vor allem die benutzte Sprache und deren Variation im gesellschaftlich-politischen Kontext untersucht. Der Grundgedanke der

Analyse ist wiederum, dass der Sprachgebrauch nicht nur eine sprachliche Handlung darstellt, sondern auch eine soziale Handlung. Der Sprachgebrauch beruht also nicht nur auf grammatischen und lexikalischen Regeln der Sprache, sondern auch auf sozialen Normen, Werten und Regeln. So haben Kultur und Gesellschaft einen Einfluss auf die Sprache und deren Gebrauch. Mit der kritischen Diskursanalyse wird die Sprache untersucht, um mehr über die Gesellschaft und die Machtverhältnissen, die mithilfe der Sprache konstruiert werden, zu erfahren. (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 13, 16-17.)

Da die Sprache eine soziale Handlung ist, werden die Bedeutungen nur in der jeweiligen Situation oder im jeweiligen Kontext deutlich. Überdies hat der Sprecher z.B. immer die Möglichkeit zu wählen, was für Wörter bzw. welche sprachliche Formen er benutzt und aus welchem Blickwinkel er ein Thema repräsentiert. Diese *Funktionalität* der Sprache wird in der Diskursanalyse betont. Laut dem Sprachwissenschaftler M.A.K. Halliday (geb. 1925) ist die Sprache auf drei Weisen funktional: erstens ist sie ein Medium der Kommunikation, zweitens wird sie zur Repräsentierung der Welt benutzt und drittens spielt sie bei der Schaffung der sozialen Beziehungen und Identitäten eine wichtige Rolle. (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 14.)

In der kritischen Diskursanalyse wird die Sprache auf der Mikroebene untersucht und die sprachlichen Elemente werden mit größeren Zusammenhängen, wie der Geschichte und der Gesellschaft, d.h. der Makroebene, verbunden (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 19). Weil der Kontext so wichtig für die Diskursanalyse ist, werden auch in dieser Arbeit die gesellschaftlichen Hintergründe vorgestellt, um den Rahmen für den gewählten Sprachgebrauch aufzuzeigen.

5 Material und Vorgehensweise

5.1 Material

Das Material für die kritische Diskursanalyse besteht aus zwei Medientexten, ein Artikel stammt aus der FAZ und der andere aus der SZ. Beide Artikel sind in den Online-Versionen der Zeitungen erschienen und behandeln die Flüchtlingsproblematik

im Rahmen der Flüchtlingsdebatte 2015. Die Texte sind meinungsgeprägt und beide gehören zu der Textsorte *Kolumne*.

Die Artikel habe ich aus diesen Tageszeitungen gewählt, weil sie unterschiedliche politische Linien verfolgen und beide von einem anspruchsvollen Journalismus geprägt sind. Wie ich schon im Kapitel 3.2 erwähnt habe, sind die ausgewählten Zeitungen, die FAZ und die SZ, überregionale Qualitätszeitungen und zwar sind die Auflagen dieser zwei Zeitungen deutschlandweit nach der Auflage der Boulevardzeitung *Bild* am höchsten. Ich nehme an, dass viele Deutsche diese Zeitungen schätzen und auf ihr journalistisches Niveau vertrauen, was das Untersuchen der vorhandenen Diskurse und ihr möglichen Einfluss auf die Einstellungen der Deutschen relevant macht.

Weil die Diskussion bei dem Schreiben dieser Arbeit so aktuell war und viele politische Entscheidungen getroffen wurden, sind die Medientexte aus dem Grund der Objektivität nach der gleichen Methode und aus dem gleichen Zeitraum gewählt worden. Beide Artikel habe ich mit dem Stichwort *Willkommenskultur* gesucht, um Einstellungen besonders zur deutschen Flüchtlingspolitik und -diskussion zu finden. Auch die Länge der Texte war bei der Wahl wichtig, weil ich möglichst viele Diskurse in einem Text finden wollte. Deswegen ist die Textsorte Kolumne für meine Analyse relevant. Ich habe versucht, etwa gleich lange Artikel zu finden, jedoch ist der Artikel aus der FAZ etwas kürzer als der aus der SZ.

5.2 Vorgehensweise

Die kritische Diskursanalyse ist eine qualitative Untersuchungsmethode. Das Ziel der qualitativen Untersuchung ist, das Verhalten des Menschen zu verstehen und die Bedeutungen, die er in der sozialen Interaktion bildet, zu analysieren. Die kritische Diskursanalyse bietet keine feste Untersuchungsmethode an, sondern es hängt immer von dem Forscher ab, wie er seine Analyse durchführt. Seine Wahl muss er begründen, um die Transparenz zu bewahren. (Pietikäinen & Mäntynen 2009, 139, 163, 168.)

In der Analyse habe ich zuerst auffällige und die auf einen diskursiven Gebrauch verweisenden Wörter und Textstellen markiert. Die Analyse auf der Mikroebene, also

den gewählten Sprachgebrauch, habe ich mit größeren Zusammenhängen und Ideologien verbunden, nach bestimmten Inhalten eingeordnet und den Diskurs danach bezeichnet. Außerdem habe ich erörtert, welche Repräsentationen über die Flüchtlingsproblematik erhältlich sind. Die Analyse wurde schließlich zu einem Fließtext formuliert.

Direkte Zitate aus dem Material und meine eigenen Beispiele habe ich in dem Fließtext kursiv markiert, um die Textstellen von meinen eigenen Gedanken und von indirekten Zitaten zu unterscheiden. Nicht alle Zitate sind wortwörtlich, aber die zentrale Bedeutung ist erhalten. Alle Textstellen und Wörter mit Anführungszeichen kommen so in den Primärtexten vor und brauchen somit keine Quellenangaben.

6 Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik in ausgewählten Artikeln

6.1 Diskurse im SZ-Artikel *Vielfalt zahlt sich aus*

In der allgemeinen Linie der SZ wird postuliert, dass das Blatt nach liberalen und toleranten Prinzipien handelt (siehe Kapitel 3.2.1). Demokratie und Gleichberechtigung sind für die Zeitung wichtig, und das ist in vielen Artikeln ganz deutlich zu sehen. Deswegen erwarte ich auch, in diesem Artikel eher positive, d.h. akzeptierende Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik finden zu können. In diesem Fall geht es jedoch um einen meinungsgeprägten Text, nämlich um eine Kolumne, und dieser stellt nicht nur die Linie der Zeitung, sondern vor allem die Meinung einer einzelnen Person, d.h. des Verfassers, dar. In dem Artikel werden die positiven Effekte der Migration auf die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft erörtert.

6.1.1 Willkommensdiskurs

Die Autorin der Kolumne, Ana-Cristina Grohnert, erwähnt schon in der Unterzeile, dass sie in ihrem Artikel *Über die guten Seiten von Migration* schreibt. Dass ihre Haltung zur

Immigration und zur deutschen Einwanderungspolitik positiv ist, lässt sich auf der Ebene der einzelnen Wörter aufzeigen. Grohnert benutzt viele positive Bezeichnungen und sogar Euphemismen. Dass sie von *der aktuellen Flüchtlingssituation* spricht und nicht z.B. über die *Flüchtlingskrise*, gibt den Eindruck, dass sie einerseits die Situation nicht für problematisch hält und andererseits sich von den gefühlsbetonten Bezeichnungen, wie *Flüchtlingsflut* oder *-welle*, distanzieren will. Flüchtlinge nennt sie *Einwanderer* und Deutsche ausländischer Herkunft *Menschen mit Migrationshintergrund*. Wie schon in der Überschrift benutzt Grohnert mehrmals das Wort *Vielfalt* als eine Bezeichnung für ethnisch heterogene Gruppen. In Unternehmen, beispielsweise, seien *vielfältig zusammengestellte Teams* von Vorteil. Es kann der Fall sein, dass die Autorin keine bestimmten Menschengruppen hervorhebt, sondern über *Vielfalt* spricht, um rassistische Assoziationen zu vermeiden und um ein politisch-korrektes Bild von multikulturellen Teams zu vermitteln.

In dem Artikel ist eine humane und tolerante Ideologie spürbar. Am Anfang des Artikels werden die Geschichten einiger Migranten aus den USA erzählt und die USA als *das Traumland zahlreicher Einwanderer und ein Vorbild für Offenheit und Willkommenskultur* vorgestellt. Grohnert merkt an, dass die Einwanderer *einfach ein besseres Leben haben wollten* und das sie auch bekamen, denn alle im Text vorgestellten Migranten sind jetzt Mitbegründer und Mitbesitzer wertvoller internationaler Unternehmen. Laut Grohnert ist das ein gutes Beispiel dafür, dass sich die Offenheit gegenüber Migranten lohnt. Auf die Menschlichkeit der Autorin verweist auch ihre Empfehlung für Unternehmen, und zwar dass sie *unabhängig von Herkunft, Geschlecht und anderen Ausgrenzungskriterien rekrutieren* sollten, was fast an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte erinnert.

Die Willkommenskultur, also die offene, tolerante Flüchtlingspolitik, wird in dem Artikel als Pflicht der Deutschen präsentiert. Die Flüchtlinge würden gezielt nach Deutschland kommen, weil sie dort die beste Grundlage für ihre Zukunft sehen würden. *Es liegt an uns zu beweisen, dass diese Annahmen auch der Realität entsprechen*, meint Grohnert. Die Migranten würden die deutsche Gesellschaft verändern und *wir können dafür dankbar sein*. Die Vielfalt sei wichtig und würde es den Deutschen ermöglichen, *flexibler auf neue Herausforderungen zu reagieren*. So präsentiert Grohnert die Offenheit ebenfalls als eine Chance, die man ergreifen sollte.

6.1.2 Nutzendiskurs

Die Kolumne ist reich an Wirtschaftsterminologie, z.B. an Wörtern wie *Talent-Pool* und *Performance-Werte*, und die guten Effekte der Migration werden vor allem aus wirtschaftlicher Sicht begründet. Der Blickwinkel ist damit zu erklären, dass die Autorin in der Geschäftsführung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *Ernst & Young* zuständig für Personalpolitik ist und damit kompetent in diesem Bereich ist. Grohnert ruft nicht nur zu Humanität auf, sondern sie sieht die Flüchtlinge als ein notwendiges Mittel für die erfolgreiche Unternehmensführung. *Dass Vielfalt gewinnbringend ist*, sei ganz deutlich am Beispiel von einzelnen Unternehmen zu sehen, nämlich wer vielfältig rekrutiert und so seine Kenntnisse ausweitet, *der verdient schneller Geld*. Unternehmen mit höherer ethnischer Vielfalt könnten auch *mehr Kunden und Aufträge gewinnen*. Grohnert erläutert, dass es ohne Vielfalt keine Veränderung gäbe, was wiederum zum Niedergang führe, *denn was für ein Unternehmen im Kleinen gilt, das gilt auch für die gesamte Gesellschaft*.

In einigen Stellen bekommt man den Eindruck, dass die Deutschen ihre offene Flüchtlingspolitik aus Eigennutz betreiben würden. *Und was haben wir am Ende von dieser neuen Vielfalt?* fragt die Autorin, bevor sie beginnt, die Vorteile der Migration aufzulisten. Die Deutschen würden die neue Situation bewältigen können und *die Wucht der Ereignisse in ihrem Sinne umlenken und zu ihrer eigenen machen*. Diesen Prozess sollten Politiker und Wirtschaftsleute aktiv unterstützen – *im eigenen Interesse*.

Wenn Grohnert über Flüchtlinge spricht, betont sie deren Eigenschaften und Kenntnisse, von denen deutsche Unternehmen profitieren könnten. *Der Nutzen der Zuwanderung* sei nachweisbar. Die Einwanderer würden u.a. *einen größeren Teil der wachsenden Fachkräftelücke füllen* und positive Effekte auf die Altersstruktur der Bevölkerung haben. Außerdem bringen die Zuwanderer laut Grohnert *Kenntnisse und Kontakte* mit und sind so *wertvolle Bindeglieder unserer internationalen Vernetzung*. Die Flüchtlinge werden als quasi notwendig für Deutschland dargestellt: *Unsere Offenheit gegenüber ihnen wird sich auszahlen, zumal die Exportnation Deutschland davon lebt, dass die Welt offen ist für ihre Produkte*, so Grohnert. Die Willkommenskultur sei damit vor allem nützlich für Deutschland, und zwar explizit im materiellen Sinn.

6.1.3 Vernunftsdiskurs

Die Argumentation der Autorin basiert auf Untersuchungen, Zahlen und logischen Folgerungen statt gefühlsbetonter Argumente. Meine Hypothese ist, dass sie in der Flüchtlingsdiskussion nicht als ein *Gutmensch*⁵ erscheinen will, sondern als rationale und kompetente Wissensvermittlerin. Die Autorin kann tatsächlich beweisen, in welcher Hinsicht es sich lohnt, Flüchtlinge aufzunehmen und einzustellen. Die Vorteile der Multikulturalität in Unternehmen würden sich beispielsweise *mit harten Fakten belegen* lassen. *Je nach Studie* würden vielfältige Teams *zwischen 35 und 80 Prozent* bessere Leistungen erzielen als herkömmliche Teams. Auch aus der volkswirtschaftlichen Sicht seien die positiven Effekte der Zuwanderung *längst bewiesen*.

Die Autorin distanziert sich von der gefühlsgeprägten Argumentation. Das stellt sich auf der lexikalischen Ebene heraus, vor allem im folgenden Beispiel. Grohnert merkt an, dass die Deutschen dank der Flüchtlingssituation die Gelegenheit hätten, *einen Berg unnützer Vorurteile zu entsorgen, wie die haltlose Befürchtung einer vermeintlichen „Islamisierung“*. Mit den Adjektiven *unnützlich*, *haltlos* und *vermeintlich*, zeigt Grohnert ganz deutlich, dass sie die Ängste und Hetzreden in der Flüchtlingsdebatte für unlogisch und unnötig hält. Es ist auch bemerkenswert, dass sie das Wort *Islamisierung* in Anführungszeichen gesetzt hat, da die Markierung noch stärker zeigt, dass Grohnert das Phänomen für völlig unrealistisch hält, z.B. die Behauptungen der *Pegida* werden damit in Frage gestellt.

Laut Gronehrt sollte man der Wucht der Ereignisse *nicht sinnlos die Stirn bieten*. Die Deutschen sollten also vor allem rational und vernünftig bleiben und nicht mit starken Gefühlen auf die Flüchtlingszahlen reagieren. Sie gibt zu, dass die Situation eine Herausforderung sei und dass sie die Ängste vieler Menschen verstehe, aber sie würden nicht weiterhelfen, also nichts nützen. In dem letzten Satz des Artikels, fast wie als eine Antwort zur Kritik an der Willkommenskultur, merkt sie noch an, dass Willkommenskultur kein Förderprogramm sei, an dem man teilnehmen kann oder nicht, sondern *eine Vernunftfrage*.

⁵ U.a. in den sozialen Medien wurden barmherzige Menschen, die Flüchtlinge helfen wollten, von den Kritikern der Willkommenskultur als naive *Gutmenschen* bezeichnet. Das Wort ist ironisch gemeint und wird als Schimpfwort benutzt.

6.1.4 Aktivierungsdiskurs

In dem Text gibt es auch Ratschläge, wie man in der Flüchtlingssituation handeln sollte, sowohl mental als auch praktisch. Die Absicht der Autorin ist, die Deutschen zu aktivieren und das macht sie auf unterschiedliche Weise. Erstens benutzt sie viele rhetorischen Fragen. Der Grund dafür ist, dass Grohnert die Leser zum aktiven Denken herausfordern will. Am Anfang des Textes fragt sie: *Wie offen, wie einladend, wie vielfältig, aber auch wie risikofreudig und tolerant wollen wir als Gesellschaft insgesamt sein?* Wenn man die tolerante Ideologie der Autorin und der SZ berücksichtigt, ist es anzunehmen, dass die Autorin genau diese Eigenschaften von den Deutschen erwünscht. Grohnert bespricht auch die kritische Einstellung der Deutschen zur Einwanderung und fragt, ob man die Situation deswegen nicht akzeptieren wolle, *weil wir vielleicht merken, dass auch wir uns ändern müssen?* So ist ihre Frage eigentlich keine Frage, sondern eine Aufforderung dazu, dass man sich verändern müsse, um die Situation bewältigen zu können.

Zweitens fordert Grohnert die Politiker und Wirtschaftleute auf, bei der Bewältigung des mentalen Prozesses mitzuhelfen. Die Unternehmen wiederum müssten sich *öffentlich zur Zuwanderung bekennen und dauerhaft die Diskussion über die besten Wege zur Integration führen.* Zudem sollen die Unternehmen nach Grohnert selbst aktiv sein und bei der Integration der Zuwanderer helfen, und nicht erst dann helfen, wenn die Behörden sie darum bitten.

6.2. Diskurse im FAZ-Artikel *Zuversicht ist gut, Realismus ist Besser*

Die FAZ ist eine liberal-konservative Zeitung (siehe Kapitel 3.2.2), die also bürgerliche Freiheiten, nationales Bewusstsein, Privateigentum und freie Marktwirtschaft für wichtige Werte hält. Auf Grund der Ideologie der Zeitung ist meine Hypothese, dass die Einstellungen zur deutschen Flüchtlingsdiskussion in dem Artikel kritisch und konservativ sind. In der Kolumne werden über die möglichen negativen Folgen der Flüchtlingskrise berichtet und die Willkommenskultur kritisiert.

6.2.1 Rehabilitationsdiskurs

In seiner Kolumne erörtert von Altenbockum ideologische Fragen, genau gesagt will er den Begriff *rechts* rehabilitieren und von den negativen Konnotationen befreien. Seiner Meinung nach funktioniere die Flüchtlingsdebatte nicht, weil man *unbequeme Fragen* nicht stellen dürfte. *Haben die Terroranschläge von Paris wirklich nichts mit der Flüchtlingspolitik zu tun?* Wer laut von Altenbockum solche Fragen stellte, *musste sich den Vorwurf gefallen lassen*, dass er das Phänomen verallgemeinere und Vorurteile gegen Flüchtlinge hege. Daher herrsche eine Art von Zensur. So habe die Flüchtlingsdiskussion in Deutschland *immer* funktioniert: *unbequeme Fragen werden zu „rechtem“ Gedankengut erklärt.*

Der Autor behauptet, dass die Linken *aus allem, was „rechts“ ist, eine neue Form des Extremismus gemacht haben.* Niemand wage bestimmte Fragen zu stellen, weil man Angst habe, für *einen „Rechten“* gehalten zu werden. Es sei jedoch *die Mitte der Gesellschaft*, die solche Fragen für *berechtigt* und *logisch* halten würde. Wenn diese Mitte aber nicht kritisch sein dürfe, biete man *den wirklich radikalen Rechten* die Möglichkeit, auf diese Fragen *ihre extremistischen Antworten* zu geben. Von Altenbockum drückt also ganz deutlich aus, dass er die herrschende Definition von *rechts* nicht für vertretbar hält. Vermutlich meint er, dass man zu vorsichtig und politisch zu korrekt mit den Fragen zur Flüchtlingskrise umgehe.

Auf der Mikroebene will der Autor sich von dem Begriff *rechts* auf die Weise distanzieren, dass er das Wort jedes Mal, wenn er es verwendet, in Anführungszeichen setzt. Er verwendet auch rhetorische Fragen, z.B. nachdem er erörtert hat, was für Probleme Migration mit sich bringen könnte, fragt er: *Malt man damit den Teufel an die Wand? Ist das „rechte“ Schwarzmalerei?* Mit den rhetorischen Fragen verstärkt er die Wirkung seiner Behauptungen und will zeigen, dass diese Probleme seiner Meinung nach realistisch sind und nicht nur Vorurteile der vermeintlichen Rechten. Von Altenbockum wünscht sich *Realismus* von den führenden Parteien, in diesem Fall also solche Gedanken, die man seiner Meinung nach unkorrekt als *rechts* bezeichnet. Der Autor stellt die Vertreter seiner rechten, konservativen und nationalen Ideologie als Opfer dar, die die Vorurteile der anderen ertragen müssen.

6.2.2 Bedrohungsdiskurs

In dem Artikel erklärt von Altenbockum den islamistischen Terrorismus als eine direkte Folge der offenen Flüchtlingspolitik. Als abschreckendes Beispiel benutzt er die französische Flüchtlingspolitik und die Terroranschläge von Paris im November 2015. Der Verfasser fragt rhetorisch, ob die Terroranschläge *wirklich nichts* mit der Flüchtlingspolitik zu tun hätten. Als der wichtigste Grund für Terrorismus in Europa nennt er die Integrationsprobleme der Flüchtlinge. Man spürt deutlich, dass von Altenbockum kein Vertrauen zur deutschen Flüchtlingspolitik hat, denn er bezweifelt die Fähigkeiten der Behörden, die Situation bewältigen zu können. Es sei seit Monaten nicht klar, *wer genau nach Deutschland kommt* und *ob syrische Flüchtlinge tatsächlich syrische Flüchtlinge sind*. Man bekommt auch den Eindruck, dass die Flüchtlinge eine fremde Gruppe seien, der man nicht vertrauen könne.

Der Autor benutzt außerdem viele negativ konnotierte Ausdrücke, mit denen er verschiedene Repräsentationen von Flüchtlingen und der Willkommenskultur konstruiert. Frankreich habe *Fehler* mit seiner Einwanderungspolitik gemacht, und die solle man nicht wiederholen. Aber diese *Einwanderungswelle* würde *Integrationsprobleme* mit sich bringen, u.a. *Getto-Bildung, die niemand will*. Von Altenbockum erläutert, dass die Flüchtlingssituation zu großen Immigrantensiedlungen führe, was man aber verhindern sollte bzw. *nicht einmal verhindert werden konnte*, als noch weniger Flüchtlinge nach Europa kamen. Die Erwartungen der Flüchtlinge würden *unweigerlich* enttäuscht und diese Enttäuschungen seien zusammen mit einer ineffektiven Flüchtlingspolitik *der Nährboden für islamistische Ersatzreligionen*, d.h. Terrorismus. Der Autor fragt auch, ob die Flüchtlingszahlen nicht das Reservoir vergrößern würden, aus dem *islamistische Menschenfänger ihren Nachwuchs fischen*. Mit solchen Ausdrücken, die eine biblische Metaphorik benutzen, betont und schürt von Altenbockum die Ängste und Probleme, die mit der Situation zusammenhängen.

Der Autor benutzt das Generalisieren als ein Mittel zum Schaffen bestimmter Konnotationen. Außerdem basieren seine Behauptungen nicht auf Studien oder beweiskräftigen Fakten, sondern auf gefühlsgeprägten und rechtfertigenden Argumenten. Auf die Frage, ob die deutsche Flüchtlingspolitik und Terrorismus miteinander zusammenhängen, antwortet er: *Nicht einmal diejenigen, die das für Unsinn halten, können den Zusammenhang leugnen*. Er fragt auch, was dafür spreche,

dass uns unter diesen Bedingungen eine Integration gelingt, die in keinem anderen Staat unter „normalen“ Bedingungen gelungen ist? Obwohl er selbst keine Antworten zu den Fragen gibt, schaffen diese eine beängstigende Stimmung, was wahrscheinlich das Ziel des Autors ist. Mit den gefühlsgeprägten Argumenten und rhetorischen Fragen will der Autor die Leser davon überzeugen, dass die Deutschen und ihre Sicherheit bedroht seien.

6.2.3 Versorgungsdiskurs

Nach der Meinung des Autors funktioniert die Flüchtlingspolitik Deutschlands nicht. Von Altenbockum sagt, dass Integration erst dann funktioniere, wenn sie anders laufe als die Flüchtlingsdebatte. Es sei *die größte Fehlleistung der Linken*, dass man die Kritiker der Willkommenskultur als Rechte abgestempelt haben. Die Schuld für diese seiner Meinung nach ineffektive Politik liege bei dieser politischen Gruppe, weil die *Realisten* deswegen keinen Platz in der Diskussion hätten. Der Grund liege nach dem Verfasser in der linken Forderung nach einer Politik der Gleichberechtigung. Angesichts seines Textes ist anzunehmen, dass der Autor diese Ideologie ablehnt bzw. dass er im Gegensatz dazu Individualismus und Eigenverantwortung für unentbehrliche Werte hält.

Ineffektiv sei die Flüchtlingspolitik in der Hinsicht, dass man nicht restriktiv genug sei. *Wer in kurzer Zeit so eine große Einwanderung zulässt, wird es mit Integrationsproblemen zu tun haben*, so von Altenbockum. Früher hätte man laut von Altenbockum die Flüchtlinge noch in verschiedenen Orten dezentralisiert verteilen wollen, jetzt sei aber davon *angesichts der ungebremsten und unregelmäßigen Einwanderung nichts mehr übrig geblieben*. Die Wörter *ungebremst* und *ungeregelt* zeigen auf, dass er die Flüchtlingspolitik für chaotisch und misslungen hält und dass nicht so viele Flüchtlinge nach Deutschland hereingelassen werden sollten. Der Autor bezweifelt auch die Arbeit der deutschen Behörden. Er bezeichnet *die vermeintlichen Zurückweisungen* als einen Grund dafür, dass der Terrorismus zunimmt. Er glaubt also nicht, dass die Flüchtlinge aus Deutschland ausreisen werden, wenn sie eine negative Entscheidung bekommen, sondern dass sie ohne Bewilligung im Land bleiben und terroristisch aktiv werden würden.

In der Kolumne stellt von Altenbockum die Willkommenskultur als verwöhnend und naiv dar. Wie schon oben gesagt, bezweifelt von Altenbockum, ob die Integration der Flüchtlinge in Deutschland gelingen könne, weil sie auch in anderen Ländern nie gelungen sei. *Man könnte sagen: Das ist das Erbe multikultureller Illusionen – wir machen es besser*, stellt er fest. Mit der Konjunktivform meint der Autor nicht, dass irgendjemand diese Meinung haben könnte, sondern dass er selber diese Meinung vertritt. Die Befürworter der Willkommenskultur seien also zu optimistisch und könnten die Situation nicht bewältigen. Was er von der Flüchtlingspolitik denkt, kommt noch deutlicher in folgendem Satz zum Ausdruck: *Ist die „Willkommenskultur“ nicht eine Spielart unserer Versorgungskultur? Die gegenwärtigen Handlungsweisen würden nicht ein Gefühl von Eigenverantwortung und Aktivierung belohnen, sondern Passivität und Opfertum kultivieren. Jeder sollte also selbst für sein Leben verantwortlich sein und nicht vom Staat bzw. der Gesellschaft versorgt werden.*

7 Schlussbetrachtung

Der Zweck dieser Bachelorarbeit war zu untersuchen, welche Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik während der Flüchtlingsdiskussion 2015 vorhanden waren. Besonders interessant war der neue Begriff der Willkommenskultur, der in Deutschland die Meinungen gespalten hat. In meiner Arbeit wurden zwei Kolumnen mithilfe der kritischen Diskursanalyse untersucht und festgestellt, dass die Einstellungen der Verfasser ganz gegensätzlich waren und dass sie versucht haben, mit ihren sprachlichen Entscheidungen unterschiedliche Ziele zu erreichen. Obwohl die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung nicht allgemeingültig sind, sondern von meinen eigenen Interpretationen abhängen, geben sie einen Einblick in eine typische polarisierte Diskussion und in die verschiedenen Mittel der Sprache, mit denen Ideologien vermittelt werden.

Für mich waren die Ergebnisse der Untersuchung überraschend, weil sich die ausgewählten Diskurse wider meiner Erwartungen von den allgemeinen Linien der Zeitungen teilweise unterschieden haben. Meine Hypothese war, dass die Einstellungen zu Flüchtlingen und Willkommenskultur in dem FAZ-Artikel konservativ aber sachlich

und mit Fakten begründet wären. Der Verfasser hat jedoch eher gefühlsbetonte Argumentation benutzt und die Ängste, die mit der Flüchtlingsproblematik zusammenhängen, betont. Ich hätte auch nicht erwartet, dass in dem SZ-Artikel so eine starke Betonung des Wirtschaftaspekts zu finden wäre, was eher typisch für die FAZ ist. Von der Argumentation her war der SZ-Artikel im Vergleich zu dem FAZ-Artikel ganz unterschiedlich, nämlich die Verfasserin hat die Wichtigkeit der Willkommenskultur mit Fakten und Untersuchungen begründet.

In der Diskursanalyse sind die größeren gesellschaftlichen Zusammenhänge immer wichtig. Während der Analyse habe ich an die unterschiedlichen Ideologien, die in den Artikeln zu finden sind, gedacht, und den Einfluss der deutschen Geschichte auf die heutige Flüchtlingsdiskussion erörtert. Der Autor des FAZ-Artikels hat versucht, die rechte Ideologie zu rehabilitieren, weil die Einstellungen in Bezug auf nationale Gesinnung nach der Nazi-Zeit tabuisiert wurden. In seinem Artikel betont der Verfasser die nationalen Gefühle und die Wichtigkeit der Selbstverantwortung, was wiederum typisch für eine neoliberalistische Ideologie ist. In dem SZ-Artikel ist eine andere Art von Vergangenheitsbewältigung zu spüren, nämlich dass man nationalistisches und fremdfeindliches Gedankengut grundsätzlich ablehnt.

Das Untersuchen dieses Themas war wegen seiner Aktualität sehr interessant. Meiner Meinung nach ist es wichtig, die Mediendiskussion zu untersuchen, weil sie die Meinungen in der Gesellschaft wiedergibt und die Meinungsbildung beeinflusst.

Literaturverzeichnis

Primärtexte:

Grohnert, Ana-Cristina. 22.10.2015. *Vielfalt zahlt sich aus*. In: SZ Online
<http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-vielfalt-zahlt-sich-aus-1.2704098>

Von Altenbockum, Jasper. 15.12.2015. *Zuversicht ist gut, Realismus ist besser*. In: FAZ Online
<http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-ueber-fluechtlinge-zuversicht-ist-gut-realismus-ist-besser-13967033.html>

Sekundärliteratur:

BAMF 1 = Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 1/2016: *Aktuelle Zahlen zu Asyl* (pdf-Dokument)
https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile

BAMF 2 = Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 22.5.2014. *Flüchtlingsschutz*
<http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Fluechtlingsschutz/fluechtlingsschutz-node.html> (Zugegriffen 11.4.2016)

BVFG = Bundesvertriebenengesetz von 1953. In: juris GmbH - Juristisches Informationssystem für die BRD
<https://www.gesetze-im-internet.de/bvfg/BJNR002010953.html> (Zugegriffen 11.4.2016)

Der Spiegel 2015: *Der Hass und die Heime*. In: Der Spiegel 31/2015, 21-23.

FAZIT-Stiftung: *Die FAZIT-Stiftung als gemeinnütziger Förderer*. <http://www.fazit-stiftung.de/index.html> (Zugegriffen: 6.4.2016)

Geis, Matthias 2015: *Rechts überholt*. In: Die Zeit 29.10.2015, 11.

Goethe Institut 2016: Kultur – Medien. <https://www.goethe.de/de/kul/med.html>

Seite 1: *Tageszeitungen in Deutschland Eckpfeiler der Demokratie.*

<https://www.goethe.de/de/kul/med/20364797.html>

Seite 2: *Pressefreiheit in Deutschland im europäischen Mittelfeld.*

<https://www.goethe.de/de/kul/med/20364391.html>

(Zugegriffen 6.4.2016)

Landespressegesetz von 1964. In: Landesrecht Baden-Württemberg

<http://www.landesrecht->

[bw.de/jportal/?jsessionid=3C9839690D2E7EC23FF4B0C0FFA96758.jp80?quelle=jlink&query=PresseG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true#jlr-](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?jsessionid=3C9839690D2E7EC23FF4B0C0FFA96758.jp80?quelle=jlink&query=PresseG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true#jlr-)

[PresseGBWpP3](http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?jsessionid=3C9839690D2E7EC23FF4B0C0FFA96758.jp80?quelle=jlink&query=PresseG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true#jlr-) (Zugegriffen 11.4.2016)

Marschalck, Peter 1984: *Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20.*

Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

Meyn, Hermann & Tonnemacher, Jan 2012: *Massenmedien in Deutschland*, Konstanz

& München: UVK Verlagsgesellschaft mbH

Pietikäinen, Sari & Mäntynen, Anne 2009: *Kurssi kohti diskurssia.* Tampere:

Vastapaino.

Reimann, Anna. 18.1.2016. *Asyl und Einwanderung: Fakten zur Flüchtlingskrise –*

Endlich verständlich. In: Spiegel Online

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-und-einwanderer-die-wichtigsten-fakten-a-1030320.html#sponfakt=1> (Zugegriffen 24.3.2016)

Schulze, Hagen 1996: *Kleine deutsche Geschichte*, München: Beck.

Steiner, Niklaus 2000: *Arguing about Asylum: The Complexity of Refugee Debates in*

Europe. New York: St. Martin's Press.

Spiegel Online. 25.8.2015. *Dublin-Verfahren ausgesetzt: Syrien-Flüchtlinge dürfen in*

Deutschland bleiben <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien->

[fluechtlinge-deutschland-setzt-dublin-verfahren-aus-a-1049639.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-fluechtlinge-deutschland-setzt-dublin-verfahren-aus-a-1049639.html) (Zugegriffen 7.4.2016)

Süddeutscher Verlag: *Süddeutsche Zeitung*. http://www.sueddeutscher-verlag.de/business/sueddeutsche_zeitung/sueddeutsche_zeitung (Zugegriffen 6.4.2016)

Yohannes, Mihret & Waters, Angela. 24.12.2015. *'Queen of Europe' Angela Merkel stands firm amid Germany refugee crisis*. In: Washington Times Online <http://www.washingtontimes.com/news/2015/dec/24/angela-merkel-stands-firm-amid-germany-refugee-crisis/?page=all> (Zugegriffen 7.4.2016)

Anhang 1: *Vielfalt zahlt sich aus*

22. Oktober 2015, 19:03 Uhr

Außenansicht

Vielfalt zahlt sich aus

Steve Jobs war das zur Adoption freigegebene Kind eines Syrers. Über die guten Seiten von Migration.

Von Ana-Cristina Grohnert

Über viele Jahrzehnte hinweg waren die USA das Traumland zahlreicher Einwanderer und ein Vorbild für Offenheit und Willkommenskultur. So auch für das Mathematiker-Ehepaar Michael und Eugenia Brin, das 1978 die damalige Sowjetunion verließ. Obwohl sie nicht direkt in ihrer Existenz bedroht waren, so sahen sie doch aufgrund ihres Glaubens in den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umständen ihrer Heimat keine Perspektive für sich. Sie wollten einfach ein besseres Leben haben. Würden sie heute nach Deutschland kommen? Und würden wir sie aufnehmen? Die aktuelle Flüchtlingssituation wirft für viele Menschen bei uns die Frage auf: Wie offen, wie einladend, wie vielfältig, aber auch wie risikofreudig und tolerant wollen wir als Gesellschaft insgesamt sein? Und was haben wir am Ende von dieser neuen Vielfalt?

Sergey, der Sohn der Brins, war fünf Jahre alt, als er mit seinen Eltern in die USA kam. Heute steht der Mitbegründer und Technik-Chef von Google auf Platz elf der *Forbes*-Liste der reichsten Menschen. Sein Unternehmen beschäftigt mehr als 50 000 Mitarbeiter, 60 Prozent von ihnen in den USA, dem Gastland der einstigen Einwandererfamilie. Google steht auf Rang drei der wertvollsten Unternehmen in den USA. Rang eins belegt Apple. Gegründet von Steve Jobs, dem zur Adoption freigegebenen Kind eines Einwanderers aus Syrien. Offenheit hat sich ausgezahlt.

Dass Vielfalt gewinnbringend ist, lässt sich auf der Ebene eines einzelnen Unternehmens mittlerweile mit harten Fakten belegen. Das beginnt schon bei der Personalbeschaffung: Wer unabhängig von Herkunft, Geschlecht und anderen Ausgrenzungskriterien rekrutiert, der weitet seinen Talent-Pool aus, verkürzt die Zeit für Stellenbesetzungen deutlich und verdient schneller Geld. Für vielfältig zusammengestellte Teams im Unternehmen lässt sich nachweisen, dass diese mit 45 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit in der Lage sind, Marktanteile gegenüber den Wettbewerbern auszubauen. Spezielle Untersuchungen bei mittelständischen Unternehmen haben gezeigt, dass diejenigen mit höherer ethnischer Vielfalt im Vergleich zu anderen mehr Kunden und Aufträge gewinnen können.

Die Gründe liegen auf der Hand: Eine breitere Aufstellung schafft ein umfassenderes Verständnis unterschiedlicher Zielgruppen und bietet mehr Ansatzpunkte zum Aufbau einer Kundenbeziehung. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Erschließung neuer Märkte. Hier ist ein vielfältig zusammengestelltes Team mit einer siebzigprozentigen Wahrscheinlichkeit erfolgreicher als ein eher homogenes Team. Und Teams, die ein besonders hohes Maß an Vielfalt aufweisen, erzielen Performance-Werte, die - je nach Studie - zwischen 35 und 80 Prozent über herkömmlichen Teams liegen.

Genauso belegbar wie nachvollziehbar sind die positiven Auswirkungen auf Motivation, Kreativität, Innovationsfähigkeit und Mitarbeiterbindung. Und auch die umgekehrten Effekte lassen sich nachweisen: Eine ablehnende Haltung gegenüber Minderheiten-Gruppen im Unternehmen erzeugt bei diesen Arbeitskräften höhere Ausfallzeiten und schlechtere Leistungen. Schließlich bleibt noch die Bewertung der Unternehmenskultur durch die Öffentlichkeit. Wer sich heutzutage nicht als offenes Unternehmen beweisen kann, riskiert die Abwendung bewusst kaufender Kunden und Ansehensverluste.

Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ist der Nutzen der Zuwanderung für die Gesellschaft längst bewiesen. So füllen schon heute mehrheitlich Menschen mit Migrationshintergrund einen größeren Teil der wachsenden Fachkräftelücke, beispielsweise im Gesundheitswesen. Positiv wirkt sich die Zuwanderung auch auf die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung aus - fast ein Drittel der Beschäftigten sind älter als 50 Jahre, der Altersschnitt bei Zuwanderern liegt um die 30 Jahre. Und schließlich bringen Zuwanderer Kenntnisse und Kontakte in ihre Heimatregion mit und sind so wertvolle Bindeglieder unserer internationalen Vernetzung. Unsere Offenheit gegenüber ihnen wird sich auszahlen, zumal die Exportnation Deutschland davon lebt, dass die Welt offen ist für ihre Produkte.

Warum tun wir uns angesichts all dieser Vorteile als Gesellschaft noch so schwer damit, Zuwanderung auch im größeren Stil zu akzeptieren? Vielleicht, weil wir merken, dass auch wir uns ändern müssen? Dass es nicht reicht zu sagen: "Wir sind die Mehrheit, und ihr müsst euch anpassen!" Die Menschen, die zu uns kommen, werden unsere Gesellschaft verändern. Und wir können dafür dankbar sein. Denn was für ein Unternehmen im Kleinen gilt, das gilt auch für die gesamte Gesellschaft: Wo keine Vielfalt herrscht, gibt es keine Veränderung, und wo es keine Veränderung gibt, da beginnt der Niedergang. Die Vielfalt ermöglicht es uns, flexibler auf neue Herausforderungen zu reagieren und uns leichter an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Indem wir gezwungen sind, uns mit diesen Menschen auseinanderzusetzen, revitalisieren wir uns selbst.

Wir haben dabei auch die Gelegenheit, einen Berg unnützer Vorurteile zu entsorgen, wie die haltlose Befürchtung einer vermeintlichen "Islamisierung". Die Menschen, die zu uns kommen, haben Deutschland absichtlich als Ziel gewählt. Sie wollen an unserem Gesellschaftsmodell teilhaben, das individuelle Freiheit und Chancengleichheit verspricht. In dem man es durch Leistung zu etwas bringen kann, und nicht schon für

den Schulabschluss des Kindes Beamte bestechen muss. Sie sehen in unserer Art des Lebens und Arbeitens die beste Grundlage für ihre eigene Zukunft. Es liegt an uns zu beweisen, dass diese Annahmen auch der Realität entsprechen.

Die derzeitige Flüchtlingswelle ist zweifelsohne eine große Herausforderung. Und die Ängste vieler Menschen angesichts dessen sind verständlich. Sie helfen aber nicht weiter, sondern lähmen. Die Kanzlerin hat recht, wenn sie sagt: "Wir schaffen das." Und den größten Gewinn wird unsere Gesellschaft genau daraus ziehen: dass wir gelernt und bewiesen haben, eine Herausforderung dieses Ausmaßes bewältigen zu können, und zwar sowohl mental als auch praktisch.

Wir lernen, ähnlich wie im Kampfsport, der Wucht der Ereignisse nicht sinnlos die Stirn zu bieten, sondern ihre Energie in unserem Sinne umzulenken und zu unserer eigenen zu machen. Die Aufgabe der führenden Köpfe in Politik und Wirtschaft ist es, diesen Prozess aktiv zu unterstützen - im eigenen Interesse. Unternehmen müssen sich öffentlich zur Zuwanderung bekennen und dauerhaft die Diskussion über die besten Wege zur Integration führen und begleiten. Sie müssen zudem selbst aktiv nach Möglichkeiten suchen, Zuwanderer einzubinden und dürfen nicht erst auf Anreize oder Bitten von Behörden warten. Willkommenskultur ist kein Förderprogramm, an dem man teilnehmen kann oder nicht, sie ist eine Vernunftfrage.

Anhang 2: Zuversicht ist gut, Realismus ist besser

Flüchtlinge

Zuversicht ist gut, Realismus ist besser

Integration funktioniert nur, wenn sie anders läuft als die Flüchtlingsdebatte: Weil unbequeme Fragen zu „rechtem“ Gedankengut erklärt werden, wagt es niemand, sie zu stellen.

15.12.2015, von [JASPER VON ALTENBOCKUM](#)

Haben die Terroranschläge von Paris wirklich nichts mit der [Flüchtlingspolitik](#) zu tun? Wer die beiden Themen nach dem 13. November verband, musste sich den Vorwurf gefallen lassen, er mache jeden Flüchtling zu einem potentiellen Terroristen. Es funktionierte damit, was in der Debatte über Islamismus, Einwanderung und Integration in Deutschland immer funktioniert: Unbequeme Fragen werden zu „rechtem“ Gedankengut erklärt. Das Ergebnis ist durchaus gewollt. Wer solche Fragen für berechtigt und logisch hält, wagt es nicht, sie zu stellen, aus Angst, für einen „Rechten“ gehalten zu werden. So verunsichert man nicht nur die Mitte der Gesellschaft, sondern bietet den wirklich radikalen Rechten die Möglichkeit, auf berechtigte, aber heimatlose Fragen ihre extremistischen Antworten zu geben. Es ist deshalb eine der größten Fehlleistungen der Linken, aus allem, was „rechts“ ist, eine neue Form des Extremismus gemacht zu haben.

Haben also die Terroranschläge von Paris etwas mit der Flüchtlingspolitik zu tun? Nicht einmal diejenigen, die das für Unsinn halten, können den Zusammenhang leugnen. Sie sagen selbst, dass die Fluchtursachen mit dem Terror unmittelbar zu tun haben. Die [Flüchtlinge](#) seien genauso Opfer der islamistischen Terroristen wie die Franzosen. Das setzt allerdings voraus, dass Deutschland die Fluchtgründe in jedem Fall tatsächlich kennt. Weder ist aber seit Monaten klar, wer genau nach Deutschland kommt, noch wissen die deutschen Behörden, ob syrische Flüchtlinge tatsächlich syrische Flüchtlinge sind. Es ist nicht einmal klar, wie viele es sind.

Wer Frankreich, wie [Angela Merkel](#) es getan hat, „jedwede Unterstützung“ zusagt, wird bald schon gefragt werden, ob er daraus Konsequenzen zieht, ob er also nicht nur humanitäre Hilfe leisten, sondern auch sichere Grenzen gewährleisten will. Vor allem aber: ob er die Fluchtursachen wirklich bekämpfen will – also zur Not auch militärisch. „Jedwede Unterstützung“ könnte aber auch darin bestehen, die Fehler nicht zu wiederholen, die Frankreich mit seiner Einwanderungspolitik gemacht hat. Eine der Konsequenzen, die Paris daraus zog, war es, zur deutschen Flüchtlingspolitik auf Distanz zu gehen – um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Der Zusammenhang liegt also auf der Hand: Wer in kurzer Zeit eine so große Einwanderung zulässt, wird es mit Integrationsproblemen zu tun haben wie in Frankreich. Vor Monaten war in der Asyldebatte die „dezentrale Unterbringung“ noch ganz groß in Mode – zu Recht, denn sie vermeidet die Getto-Bildung, die niemand will. Davon ist angesichts der ungebremsten und unregulierten Einwanderung nichts mehr übrig geblieben. Die Not gebietet große Siedlungen, die genau das schaffen könnten, was verhindert werden soll – und nicht einmal verhindert werden konnte, als es noch keine Einwanderungswellen in der Größenordnung der vergangenen Monate gab.

Man könnte sagen: Das ist das Erbe multikultureller Illusionen – wir machen es besser. Aber was spricht dafür, dass uns unter diesen Bedingungen eine Integration gelingt, die in keinem anderen europäischen Staat unter „normalen“ Bedingungen gelungen ist? Was spricht dafür, dass die unregulierte Einwanderung nicht das Reservoir vergrößert, aus dem islamistische Menschenfänger ihren Nachwuchs fischen? Und schließlich: Ist die „Willkommenskultur“ nicht eine Spielart unserer Versorgungskultur, die nicht ein Gefühl von Eigenverantwortung und Aktivierung belohnt, sondern unfreiwillig Passivität, Erwartungshaltung und – wenn sie enttäuscht wird, und das wird sie unweigerlich – Opfertum kultiviert?

Spätestens beim Stichwort „Enttäuschung“ ist die Verbindung wieder da. Die Enttäuschungen und vermeintlichen Zurückweisungen der westlichen Gesellschaften sind der Nährboden für islamistische Ersatzreligionen. Malt man damit den Teufel an die Wand? Ist das „rechte“ Schwarzmalerei? „Zuversicht und Realismus“ hat die SPD ihre Flüchtlingspolitik überschrieben. Vom Realismus war bislang weder in der SPD noch in der CDU allzu viel zu spüren. Das hat in der Mitte der Gesellschaft nicht etwa die Zuversicht gestärkt, sondern zum Pessimismus beigetragen.

Der Beitrag erschien in der Dezember-Ausgabe des Magazins des Deutschen Beamtenbunds (dbb)